



PRESSE

PRESSEMITTEILUNGEN

15. APRIL 2015 - PRESSE

## kfd zur "Woche für das Leben": Altern und Sterben als Teil des Lebens akzeptieren



"Wir müssen die Ängste und Nöte der Menschen ernst nehmen, die sich davor fürchten, am Ende ihres Lebens nicht mehr über sich selbst bestimmen zu können, Schmerzen erleiden zu müssen oder ganz auf die Fürsorge anderer angewiesen zu sein", erklärt Maria Theresia Opladen, Bundesvorsitzende der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd), anlässlich des Auftakts der diesjährigen "Woche für das Leben" am 18. April 2015.

Die gemeinsame Aktion der katholischen und evangelischen Kirche steht unter dem Motto "Sterben in Würde" und greift die aktuelle Debatte um die Beihilfe zur Selbsttötung sowie den Umgang mit schwerstkranken und sterbenden Menschen auf.

Insbesondere die Sorge, Anderen zur Last zu fallen und am Ende des Lebens hilflos zu sein, erscheint vielen in der heutigen Gesellschaft als Zumutung. Dies annehmen zu können, ist aus Sicht der kfd Teil des Ringens um einen würdigen Umgang mit dem

Altern und Sterben.

"Wenn wir den Tod als Teil unseres Lebens begreifen und uns frühzeitig damit auseinandersetzen, können wir zu einer Kultur beitragen, in der die würdige Begleitung Sterbender selbstverständlich wird", ist Opladen überzeugt.

Eines der Kernprobleme sieht sie darin, dass das Wissen um die Möglichkeiten und die Angebote einer fürsorglichen Sterbebegleitung durch Hospizdienste und Palliativmedizin viel zu wenig bekannt ist.

Im Rahmen ihrer Aktion "Leben bis zuletzt" hat die kfd daher dazu aufgerufen, Fragen rund um die würdige Begleitung Sterbender und auch die Wünsche und Sorgen in Bezug auf das eigene Lebensende zum Thema zu machen. Der Verband unterstützt Bildungsveranstaltungen und Gespräche mit Verantwortlichen, die über die lokalen Angebote der Hospizdienste und der palliativen Versorgung informieren und die wichtigsten Fragen klären.

In diesem Zusammenhang begrüßt die kfd ausdrücklich die Gesetzesinitiative des Bundesgesundheitsministers zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland. Jede Legitimierung der Beihilfe zum Suizid als reguläre Dienstleistung von Ärzten oder anderen Organisationen lehnt der Verband demgegenüber entschieden ab.

"Insofern unterstützen wir nachdrücklich ein gesetzliches Verbot jeder Beihilfe zum Suizid. Alle Bemühungen um die würdige Begleitung Sterbender und die Achtung vor dem Leben würden durch ein solches Angebot ad absurdum geführt", so Opladen abschließend.

#### KONTAKT

Barbara Stöckmann

Pressereferentin

Telefon: 0211 44992-25

barbara.stoeckmann@kfd.de

